

muri
b e r n

**50 Jahre
Grosser Gemeinderat
1973-2022**

Text: Walter Thut
Herausgeberin: Einwohnergemeinde Muri b. Bern
Januar 2023

Ab Frühjahr 1969 sollte unter der Leitung von Dr. Rudolf von Dach die bald dreissigjährige Gemeindeordnung à jour gebracht werden, erstens, weil sie in die Jahre gekommen war, und zweitens, weil seit 1968 auch die Frauen stimmberechtigt waren¹ und darum der Text redaktionell umgearbeitet werden musste. Und dann war da noch die Frage zu klären, wo auch nur 10% der Stimmberechtigten einer in den letzten Jahren stark gewachsenen Bevölkerung sich künftig in einem Saal zu einer Gemeindeversammlung zusammenfinden sollten.

Eine Expertenkommission legte bereits ein Jahr später einen Vorschlag vor, der v.a. die Finanzkompetenzen in den einzelnen Gremien neu regelte. Dabei gaben die Kompetenzen, die die Gemeindeverwaltung haben sollte, und ein mögliches fakultatives Referendum für grössere Kreditbeschlüsse zu reden. Auch Thema waren die möglichen Kosten für den Betrieb eines Parlaments, von dem im Entwurf die Rede war. So wollte man nämlich dem Anliegen einer zahlenmässig umfangreicheren Partizipation der Bevölkerung begegnen. Die Stellungnahmen waren pointiert, v.a. auch zur Schaffung eines Gemeindeparklaments, dessentwegen man auf keinen Fall eine Steuererhöhung in Kauf nehmen wollte. Der Entwurf wurde sowohl von der kantonalen Gemeindegirektion als auch von der Bevölkerung gut aufgenommen, ebenfalls die weitergeführte Fassung, die am 30. September 1971 der Öffentlichkeit vorgestellt worden war. Und so gab es schliesslich kein Zurück mehr in der Diskussion um ein Gemeindeparklament.

Die Gemeindeversammlung ersetzen

Die Einführung eines Grossen Gemeinderates von 40 Personen und die Einsetzung eines hauptamtlichen Gemeindepräsidenten an der Spitze eines Gemeinderates mit neun Personen waren die auffallendsten Änderungen in der politischen Ordnung der Gemeinde Muri b. Bern. Schliesslich sollte das Parlament, zusammen mit den Urnenabstimmungen, die „altehrwürdige“ Gemeindeversammlung ersetzen. So würden aber künftig auch nicht mehr nur drei Prozent der Bevölkerung oder gar noch weniger an einer langen Versammlung, manchmal bis über Mitternacht hinaus, über politische Geschäfte entscheiden und die Beschlüsse in der Gemeinde mit dem neuen Instrument auch besser legitimiert sein. Prof. Dr. Hans Huber sprach in Zusammenhang mit der Gemeindeversammlung in einer grösseren Gemeinde von einem Zerrbild der Versammlungsdemokratie, das es wegzuschaffen gelte. Gewiss: Man wusste um die emotionalen Bindungen der Bevölkerung gegenüber der Gemeindeversammlung und nahm diese auch durchaus ernst. Aber Demokratie sollte in Muri und Gümligen auch funktionieren, wenn die Gemeinde 10'000 Personen oder mehr umfasste.

Am 3. Dezember 1972 war es dann soweit: Es wurden ein hauptamtlicher Gemeindepräsident, acht Mitglieder des Gemeinderates (GR) und vierzig Mitglieder des Grossen Gemeinderates (GGR) gewählt. Im Vorfeld portierten Ortssektionen von bereits aktiven Parteien ihre Kandidierenden und neue politische Gruppierungen wurden gegründet. In einem künftigen Grossen Gemeinderat sollte politische Vielfalt durch das Proporz-Wahlrecht gesichert werden. Für die Wahl ins hauptamtliche Gemeindepräsidium sollte das Majorz-Wahlrecht gelten. Ausser für das Gemeindepräsidium legte man eine Beschränkung der Ratstätigkeit auf zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten à vier Jahren fest.

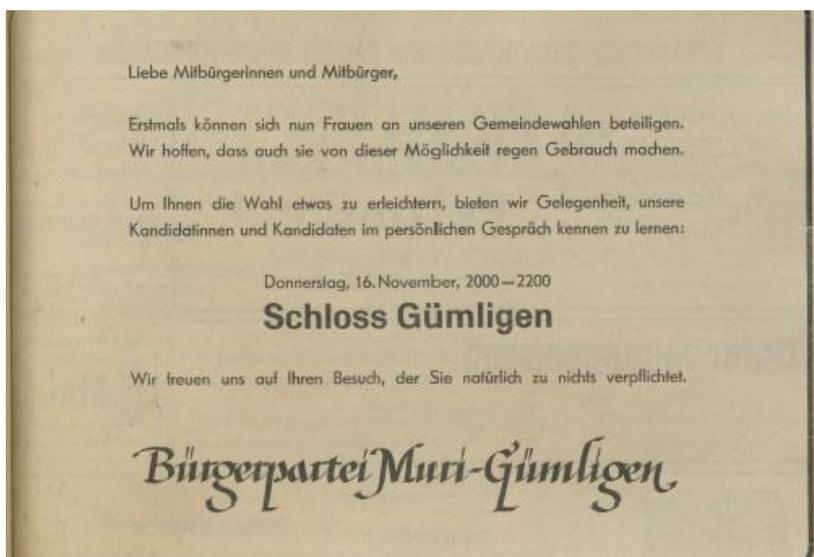
Ein Bad in der Menge der Kandidierenden

Kandidatinnen und Kandidaten gab es genug. Die drei grossen Parteien traten mit vollen Listen an, im Gemeinderat mit acht und im Grossen Gemeinderat mit 40 Personen. Die EVP, die CVP und das Forum hatten ebenfalls weit mehr Kandidierende, als mit Sitzen gerechnet werden durfte. Ohne weitere offizielle Kommentare verkündete man am Wahlsonntag und die Woche danach in den *Lokal-Nachrichten für die Gemeinde Muri-Gümligen (Lo-Na)* die Resultate:

¹ Die Frauen erhielten auf nationaler Ebene im Februar 1971 das Stimm- und Wahlrecht zugesprochen, die Berner Männer zogen auf kantonaler Ebene am 12. Dezember des gleichen Jahres nach. Aber schon 1968 gab der Kanton den Berner Gemeinden das Recht, fakultativ den Frauen das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten zu erteilen. Muri b. Bern machte davon Gebrauch. Damit wuchs die Zahl der Stimmberechtigten am 1.1.1969 von 2'533 auf 5'400.

Als hauptamtlicher Gemeindepräsident wurde der bereits in der Behörde gesessene Gemeinderatspräsident Werner Martignoni gewählt, in den Gemeinderat vier Personen aus dem Freisinn und zwei aus der Bürgerpartei (in diesen Jahren mit dem Namenswechsel beschäftigt und künftig SVP genannt) sowie zwei aus der Sozialdemokratischen Partei. In allen Parteien wurden zur Hälfte Frauen gewählt. Allein die auch an der Exekutive interessierte EVP blieb ohne Sitz.

Für den Grossen Gemeinderat stellten sechs Parteien Kandidierende auf. Neben den bereits genannten auch die CVP (seit dem Frühjahr 1972 mit einer Ortssektion aktiv) und das Forum (im Oktober 1972 auf die politische Bühne geholt). Eine Sektion des Landesrings der Unabhängigen war in der Ortspolitik bereits einige Monate aktiv, verzichtete aber auf eine Teilnahme an den Wahlen. Gewählt wurden im Proporz-Wahlsystem 13 Freisinnige, zehn der Bürgerpartei, acht Sozialdemokraten, fünf Forümmlerinnen, drei Leute aus der EVP und eine Person aus der CVP. (Eine Liste zur Sitzverteilung der Parteien über die Jahre findet sich weiter hinten in der Broschüre.)

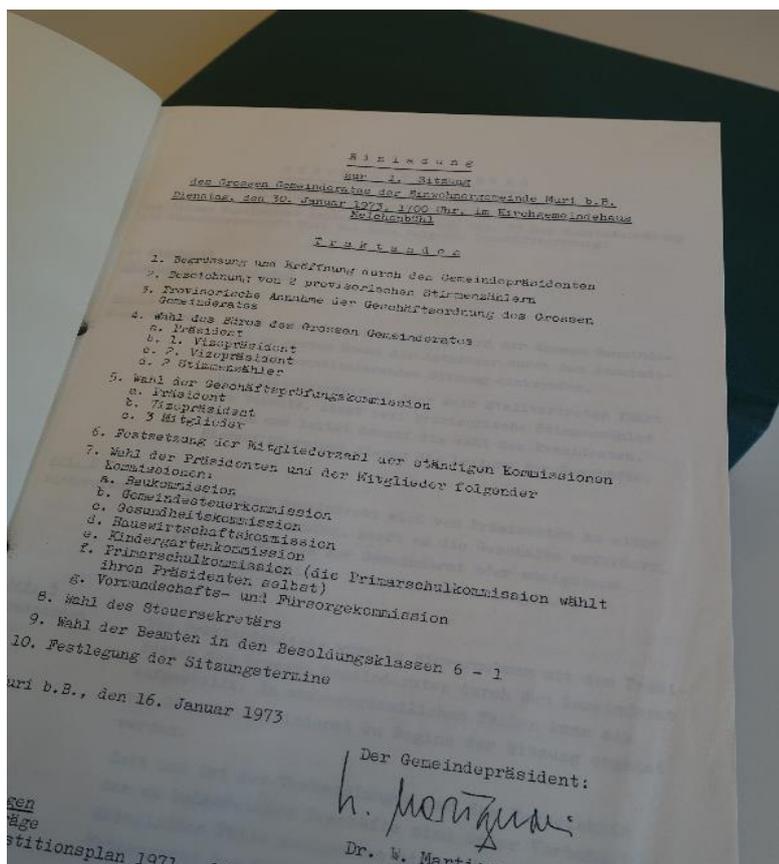


Ein Wahlanlass der Bürgerpartei in attraktiver Umgebung und mit interessanten Kandidatinnen und Kandidaten. Mit dem Wahlrecht der Frauen Werbung zu machen, war nicht nur Taktik: Die Bürgerpartei schickte auch tatsächlich am meisten Frauen von allen Fraktionen in den Wahlkampf und schliesslich mit drei Frauen auch am meisten Frauen in den ersten GGR. Aus: *Lokal-Nachrichten für die Gemeinde Muri-Gümligen*, 2. November 1972

den Eindruck gewinnen können, die halbe Bevölkerung der Gemeinde habe Anteil an der Politik genommen. Dazu schienen viele Erwartungen und grosser Eifer im Raum zu stehen. Das erleichterte es dem vor Verantwortung strotzenden Präsidenten, mit der Arbeit in Rat und Kommissionen sofort zu beginnen. Der Blumenstrauss, den der gewählte Präsident des Grossen Gemeinderats an diesem Abend erhielt, sei sozusagen das Einzige gewesen, was aus der kühlen Geschäftstätigkeit der ersten Sitzung herausgeleuchtet habe, hiess es anderntags in der Lokalpresse.

Bescheiden bleiben

Am 30. Januar 1973 fand im Kirchgemeindehaus Melchenbühl die erste Sitzung des Grossen Gemeinderats statt. Als erster Präsident wurde der freisinnige Hans Dähler gewählt. Die anderen Wahlgeschäfte gingen ebenfalls schlank über die Bühne, auch die Wahlen in die Kommissionen. Und diese hatten es rein umfangmässig in sich, auch wenn der Grosse Gemeinderat nur acht Kommissionen zu bestellen hatte und die Wahl der Mitglieder der anderen 13 Kommissionen in die Kompetenz des Gemeinderates fiel. Gesamthaft wurden in der Kompetenz des GGR und in der Kompetenz des GR 132 Personen in 21 Kommissionen gewählt. Für viele der anspruchsvollen Aufgaben wurden qualifizierte Personen gefunden. Man hätte



Die Einladung zur ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 30. Januar 1973.

Das Hauptanliegen des Präsidenten in seiner Antrittsrede passte darum gut zur Kulisse und zu den Erwartungen der Ratsmitglieder, denn Dähler bat „um möglichst grosse Sachlichkeit bei den kommenden Verhandlungen und um Zurückhaltung beim Anmelden von Forderungen an die öffentliche Hand“. Bei dem Wunsch schwebten ihm wohl die grossen bevorstehenden Aufgaben der Gemeinde vor und die 54 Millionen Franken Schulden in der Gemeindekasse. Dabei war man 1971 bereits gezwungen gewesen, den Steuerfuss nach 27 Jahren um zwei Steuerzehntel auf 1.6 Einheiten hinaufzusetzen. Die Befürchtungen von Ratspräsident Dähler waren denn auch nicht grundlos und verhallen, wie man später sehen konnte, doch ungehört: Ende 1973 musste dem Volk eine Steueranlage von 1.9 empfohlen werden und die Schulden waren schon wieder um zehn Prozent höher.

Im zweiten Jahr des Muriger Grossen Gemeinderates wurde Bruno Reinli (BP) ins Präsidium gewählt und Markus Schär (Freisinniger) zum 1. Vizepräsidenten und damit zum potentiell nächsten Präsidenten bestimmt. Die Entscheidung, dass die drei grossen Parteien (FDP, BP/SVP und SP) bei der Besetzung des Präsidiums des Rates gegenüber den anderen drei Parteien (Forum, EVP und CVP) eine Bevorzugung in Anspruch nehmen wollten, ging aber nicht geräuschlos über die Bühne. Auch in anderer Hinsicht zeigte sich bald eine Polarisierung zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und dem Forum, der EVP und der CVP, oft auch zusammen mit der SP, andererseits. Eine „Chropflärete“ in den *Lo-Na* vom 2. Mai 1974 illustriert das eindrücklich. Die EVP wehrte sich allerdings eine Woche später gegen die Zuordnung ihrer Partei zum „bürgerlichen Block“. Und auch das Forum hatte wenig Gefallen an der Meinung, es verbinde sich mit der politischen Linken.

Ins Jahr 1974 fiel - es soll hier erwähnt werden, obwohl er nicht dem Rat angehört und dem Grossen Gemeindeparlament institutionell unterstellt ist - auch die Demission des Gemeindepräsidenten. Werner Martignoni aus der Bürgerpartei wurde im Frühling in den Regierungsrat gewählt. Bis zur Wahl des Nachfolgers Hans Rudolf Flückiger, SVP, im Oktober besetzte der Freisinnige Max Blumenstein die Funktion des Gemeindeoberhauptes ad interim.

Hunderte politischer Vorstösse

Am 21. Januar 1975 beruhigte sich die etwas angespannte Situation im GGR, indem Ernst Sollberger, SP, zum Präsidenten, Markus Schär, FDP, zum 1. Vizepräsidenten und Urs Häuselmann, Forum, zum 2. Vizepräsidenten gewählt wurden und sich eine parteipolitisch pluralistische Ratsleitung abzeichnete. Im Jahr darauf rückten die Designierten weiter auf und so kam auf Januar 1977 der erste Vertreter einer kleineren Partei auf den Stuhl des Ratspräsidenten.

Auf Antrag der EVP wurde allerdings der einzige CVP-Vertreter im Rat, Hans Werner Binz, gewählt und nicht der dem Ratsbüro angehörende Urs Häuselmann. Das liess beim Forum erneut Unzufriedenheit aufkommen. Aber das Verfahren war korrekt: Im Unterschied zu heute wurden damals nicht im Büro aufrückende Personen gewählt, sondern es galt eine Wahl auf Vorschlag am Wahlabend selbst.

Zu wählen waren 1977 für die Amtsdauer bis 31.12.1980 auch wieder über hundert Kommissionsmitglieder, teils durch den Grossen Gemeinderat, teils durch den Gemeinderat. Die Wahlen in den GGR im Monat zuvor gaben dem Rat zwar ein etwas anderes Gesicht, veränderten aber die Kräfteverhältnisse nicht merklich. Für das Jahr 1980 wurde mit Regula Schatzmann von der SP die erste Frau ins Amt einer Präsidentin des Muriger Gemeindeparlamentes gewählt. Auch im letzten Jahr der zweiten Legislatur waren die Wahlen ins Büro des GGR, die Bestellung der Kommissionen, die Schaffung von Stellen an den öffentlichen Schulen, die Ernennung von Chefbeamten, die Erteilung des Gemeindebürgerrechts, Fragen der Gemeindeentwicklung und des Strassenbaus die hauptsächlichen Geschäfte des Rats. Nach 274 Geschäften in der ersten Legislatur wurden zwischen 1977 und 1980 gar 335 politische Vorstösse behandelt.



Aus Anlass der hundertsten Sitzung des Grossen Gemeinderates am 20. März 1984 wurde der Geschichte der zwölf ersten Jahre Arbeit gedacht. Beim Imbiss in der Pause waren auch acht ehemalige Präsidenten und die einzige ehemalige Präsidentin zugegen. Von links nach rechts erkennt man auf dem zusammengesetzten Foto Walter Pulver (1984 amtierend), Gilbert Minder, François Loeb, Rudolf Natsch, Hans Werner Binz, Hans Dähler, Regula Schatzmann, Hans Ulrich Ernst, Markus Schär und Ernst Sollberger. Es fehlen der zweite (Bruno Reinli) und der siebte Präsident (Jakob Stämpfli). Aus: *Lokal-Nachrichten für die Gemeinde Muri-Gümligen*, 29. März 1984

Die dritte Legislatur begann in unwesentlich veränderter parteipolitischer Zusammensetzung sowohl im Grossen Gemeinderat als auch im Gemeinderat. Hingegen waren inzwischen 171 Personen in 29 Fachkommissionen aktiv. Mit Rudolf Natsch präsidierte im Jahr nach den Wahlen ein erstes Mal ein Vertreter des Forums den GGR. Er selbst oder seine Wahl schienen die gemäss der Berichterstattung in den *Lo-Na* herrschenden Spannungen zwischen politischen Blöcken, ein manchmal aggressiver Ton und „Untoleranz“ seitens der zahlenmässig starken Parteien im GGR verhindert zu haben.

So wenige Frauen wie nie zuvor

Bei den Gemeindewahlen 1984 beklagte man eine erstmals unbefriedigend tiefe Stimmbeteiligung (51,3 %), obwohl es den ganzen Gemeinderat neu zu besetzen galt. Der Grund für die zahlreichen Vakanzen war kein Skandal, sondern in sechs Fällen Amtszeitbegrenzung und in zwei Fällen vorzeitiger Abgang. Im Grossen Gemeinderat verloren die Sozialdemokraten auf Kosten der anderen kleinen Parteien, aber vor allem zählten die Frauen zu den Verliererinnen der Wahlen: Sie stellten nun sieben Personen oder 17.4 % der Ratsmitglieder bei 53,9 % Frauen unter der Wahlbevölkerung. Das Durchschnittsalter sowohl im GR als auch im GGR lag bei 46 Jahren.

Zum Wahlprozedere gehörte wie früher auch schon die Anwesenheit des Regierungsstatthalters, der eine Vereidigung der erstmals Gewählten vornahm. Ähnlich wie bei der Einsetzung neuer Pfarrpersonen in einer Kirchgemeinde zeigte das Ritual, wer letztlich die Macht im Staate innehatte.



Alle wichtigen Dokumente zur Arbeit des Grossen Gemeinderates finden sich heute im Gemeindearchiv.

Nach einer eher ruhigen vierten Legislatur trotz 550 politischen Vorstössen, viele aus Forum- und SP-Kreisen, kam es 1988 wieder zu Erneuerungswahlen. Während es im Gemeinderat kaum Veränderungen gab, mussten im Grossen Gemeinderat ein Viertel aller Sitze neu besetzt werden. Zum ersten Mal hatten im Dezember 1988 die 18-Jährigen das Recht zu wählen. Der Wahlkampf verlief ruhig. In den *Lokal-Nachrichten für die Gemeinde Muri-Gümligen* jedenfalls fand er keinen Niederschlag. Dort hatte einzig die SVP etwas auffälliger die Werbetrommel gerührt. Die Wahlergebnisse wurden zum ersten Mal elektronisch ermittelt, trotzdem wurden für die Vorbereitungsarbeiten der maschinellen Auswertung um hundert Personen benötigt. Auch zum ersten Mal hatte sich

das Forum um einen Sitz im Gemeinderat bemüht und sein Wahlziel auch erreicht, so wie die Jungfreisinnigen, die ebenfalls zum ersten Mal in der Exekutive vertreten waren. Letztere hatten an diesem Wahlsonntag auch zwei Sitze im GGR geholt.

Konstanz war auch bei den Erneuerungswahlen 1992 in die Behörde angesagt.

Gemeindepräsident Hans Rudolf Flückiger erklärte in einem grossen Interview in den *Lo-Na* vom 26. November 1992, dass er auch nach 18 Jahren die „Spannkraft“ noch habe fürs Verbleiben im Amt. Zu der Äusserung herausgefordert worden war er von der Presse.

Mitgestalten, nicht nur verwalten

Den Willen zur Gestaltung der Gemeindepolitik zeigte auch die FDP. Sie erhielt bei diesen Wahlen in den Gemeinderat 43% der Stimmen, was wie all die Jahre zuvor für vier Sitze reichte. Die SVP machte 19.3%, die SP 19.9% und das Forum 17.7%. Nicht ganz so dominierend war die FDP in den Wahlen in den Grossen Gemeinderat. 33.2% reichten für 14 Sitze, während die SVP mit 18.7% und die SP mit 17.2% je sieben Sitze gewannen und das Forum mit 14.9 % einen weniger. Die verbliebenen 16% entfielen auf die EVP, die JFMG (wie die Jungfreisinnigen sich lange nannten) und die CVP mit drei, zwei und einem Sitz im Rat. Nicht konstant blieb der Kreis der Gewählten. 16 neue Ratsmitglieder vereidigte der Regierungsstatthalter am 19. Januar 1993. Präsiert wurde der Rat von einer Vertreterin der kleinsten Partei, Madeleine Kieffer, CVP. Und in zwei Dutzend Kommissionen wurde auch dieses Mal 137 Personen gewählt. Und eine technische Neuerung: Die ersten Resultate sollten am 6. Dezember, abends um 18 Uhr, im LoNa TV zur Kenntnis genommen werden können.

Ende 1995 trat Gemeindepräsident Hans Rudolf Flückiger nach 21 Jahren zurück. Auf ihn folgte Peter Niederhäuser, FDP.

Die Präsidentinnen und Präsidenten des Grossen Gemeinderates

1973 Hans Dähler, FDP	1998 Annelies Hüssy, FDP
1974 Bruno Reinli, Bürgerpartei	1999 Verena Szentkuti-Bächtold, Forum
1975 Ernst Sollberger, SP	2000 Ursula Gutmann, SVP
1976 Markus Schär, FDP	2001 Rolf Berger, SP
1977 Hans Werner Binz, CVP	2002 Johannes Matyassy, FDP
1978 Hans-Ulrich Ernst, FDP	2003 Lee Streit, forum
1979 Jakob Stämpfli, FDP	2004 Christian Staub, SVP
1980 Regula Schatzmann, SP	2005 Verena Bettler Suter, SP
1981 Rudolf Natsch, Forum	2006 Ralf Grubwinkler, jf
1982 François Loeb, FDP	2007 Barbara Künzi-Egli, FDP
1983 Gilbert Minder, SVP	2008 Pia Aeschmann, forum
1984 Walter Pulver, SP	2009 K. Urs Grütter, SVP
1985 Rosmarie Bär-Schwab, FDP	2010 Beat Wegmüller, SP
1986 Siegfried Merz, EVP	2011 Hannes Treier, FDP
1987 Heinz Kästli, SVP	2012 Beat Marti, forum
1988 Urs Stuber, FDP	2013 Markus Bärtschi, SVP
1989 Peter Högl, Forum	2014 Martin Humm, EVP
1990 Peter Staub, SVP	2015 Beat Schneider, SP
1991 Pierre A. Jester, FDP	2016 Ruth Raaflaub, FDP
1992 Paul Wyss, SP	2017 Walter Thut, forum
1993 Madeleine Kieffer, CVP	2018 Jennifer Herren, SVP
1994 Susanne Leuenberger-Nussli, FDP	2019 Andreas Kohler, SP
1995 Rolf Eberhard, Forum	2020 Christa Grubwinkler, FDP
1996 Hans Ulrich Schweizer, SVP	2021 Patricia Messerli, forum
1997 Hans Haldimann, SP	2022 Reto Lauper, SVP

Mit der Wahl von Siegfried Merz (EVP), so wurde seitens der starken Parteien 1986 betont, lebe man den „freiwilligen Proporz“ bei der Besetzung des Präsidiums des Grossen Gemeinderats. Auch nach Merz suchte man weiter die Formel für die parteipolitische Berücksichtigung, die alle zufrieden macht. Heute wird im Turnus der Parteien mit Fraktionsstärke abgelöst.

War in der ersten Hälfte der Geschichte des Rats die SVP gemessen an ihrer Wähler(innen)stärke im Präsidium untervertreten (fünf Präsidien auf 25 Jahre), war es in der zweiten Hälfte die FDP (sieben auf 25 Jahre). Dieses freiwillige Zurückstehen sorgte aber für gute Beziehungen unter den Parteien und bei der Arbeit im Rat.

Die konfessionell orientierten Parteien hatten in der ersten Hälfte der Ratsgeschichte durch eine gewisse Vereinnahmung durch die bürgerlichen Parteien einen Vorteil und kamen so drei Mal dazu, das Ratspräsidium zu stellen. In der zweiten Hälfte war das nur noch einmal der Fall, während die anderen vier Parteien diese Ehre des Turnus wegen zwischen fünf und sieben Mal zugesprochen erhielten.

Früh eingebunden in die Verantwortung und mit der Ehre des Präsidiums bedacht war die SP. Allerdings musste sie zwischen 1984 und 1992 eine Durststrecke erdulden, obwohl sie unmittelbar vorher zweitgrösste Fraktion im Rat war. Die für die bürgerliche Seite unbequeme politische Gegnerin liess sich aber nicht einschüchtern. Hans Haldimann jedenfalls schlug anlässlich seiner Wahl zum Ratspräsidenten im Januar 1997 Töne aus dem Kanon der Grundwerte der Sozialdemokratie an.

Wir wollen ein anderes Muri

Die Wahlen vom 1. Dezember 1996 in den Grossen Gemeinderat sollten nicht so sein wie immer: Die Sozialdemokrat(inn)en wollten ein „anderes“ Muri und bezogen entsprechend Position. Auch andere Parteien zeichneten ihr Profil mit Blick auf die Wahlen wieder einmal etwa deutlicher. Die SP war sowohl im Text- wie im Inserateteil der Lokalnachrichten die aktivste Partei. Die Wahlbeteiligung war denn auch zum zweiten Mal mit über 57% erfreulich hoch. Die SP stand auch nach den Wahlen besonders im Fokus, appellierte doch der Parlamentspräsident für das Jahr 1997, Hans Haldimann, anlässlich des 25. Jahres der Existenz des Gemeindeparlaments besonders eindrücklich an Solidarität mit Schwächeren. Diese Bemerkung mochte er vor dem Hintergrund der eben erst beschlossenen Steuersenkung in der Gemeinde gemacht haben.

Früher im Kalenderjahr und stärker mit Porträtbildern begleitet fand der Wahlkampf im Jahr 2000 statt. Es haben dann auch 60,56% aller Wählerinnen und Wähler ihre Stimme abgegeben. Mobilisiert haben aber wohl nicht nur die Wahlen, sondern auch die stark diskutierte Ueberbauungsordnung „Oberes Multengut“ und etwas weniger stark das Budget mit einer Steuererhöhung. Wahlgewinner waren das forum, das nun im Gemeinderat einen zweiten Sitz besetzte, und die SVP, Verliererin war die SP. Nicht zum ersten Mal wurde eine Fachkommission aufgehoben, dieses Mal die Gesundheitskommission. Nun waren es noch 13 Kommissionen, die Behörden mit ihrer Arbeit unterstützten.

Im neuen Jahrtausend kamen keine Einbürgerungsgesuche mehr vor den Rat. Dafür mehr Vorlagen, die die Gemeindeinfrastruktur oder die Ortsplanung betrafen. Die Herkunft von politischen Vorstössen war bereits seit ein paar Jahren ausgeglichener und stammte nicht mehr v.a. aus den Reihen der SP und des forums. War Mitte-links etwas müde geworden oder war nun so viel geregelt mit jeweils 400 bis 550 Vorstössen in einer Legislatur, dass es vom Jahr 2000 an nur noch 300 Vorstösse brauchte in der gleichen Zeit?

Auf Ende 2003 demissionierte Gemeindepräsident Peter Niederhäuser. Sein Nachfolger wurde im Mai gewählt und hiess Hans-Rudolf Saxer (FDP).

Die Frauen kommen

Auch die Wahlen 2004 waren von parteipolitischer Stabilität geprägt, aber neu in Frauenhand. Das galt sowohl für den auf sieben Mitglieder verkleinerte Gemeinderat wie auch den Grossen Gemeinderat mit genau 50% Frauen. Im GGR kam es nur zu einer einzigen Sitzverschiebung von der FDP zum forum. Neu im Rat waren aber 13 Gesichter, was eine Rochade in etwas mehr als durchschnittlichem Umfang bedeutete.

Wahlen 2008: Das Pendel schlug wieder einmal nach links aus. Die SP gewann im Gemeinderat wie im Grossen Gemeinderat je einen Sitz auf Kosten der SVP. Der CVP gelang es nicht mehr, den einen Sitz zu halten. Sie verschwand endgültig aus der Muriger und Gümliger Parteienlandschaft, was sich aber in dem Inserat mit Dank für die Unterstützung bei den Wahlen nicht erahnen liess.

2012 waren die Stimmberechtigten nicht so zahlreich an die Urne zu bewegen. Mit einer Stimmbeteiligung von 40,15% (GGR) und einer solchen von 40,65% für den GR gewann die FDP in beiden Räten. Im Laufe des Sommers wurde bereits Thomas Hanke als Nachfolger von Hans-Rudolf Saxer gewählt, der auf Ende Jahr zurücktreten wollte. In neun Fachkommissionen (neben der Geschäftsprüfungskommission) wirkten nun 56 Personen mit (in zwei, später drei Kommissionen stand jetzt der Ressortvorsteher oder die Ressortvorsteherin im GR als Präsident oder Präsidentin an der Spitze).

Neue Kraft: die Grünen

Die Wahlen 2016 brachten den Verlust eines Sitzes der FDP an die SP im Gemeinderat und auch gleich den Verlust der FDP-Mehrheit, aber noch nicht den der bürgerlichen Mehrheit. Nicht ganz so erfolgreich war die SP im Grossen Gemeinderat: Dort verlor sie einen Sitz an die Grünen, die erstmals im Gemeindeparlament mitwirkten. Der Einzug der Grünen mit drei jungen Frauen ist hier besonders zu vermerken. Mit ihrer Jugend drückten sie das Durchschnittsalter merklich. Aber nicht nur sie: Im Jahr 2018 leitete mit Jennifer Herren (SVP) die jüngste je in diese Funktion gewählte Person die Ratsgeschäfte und im Jahr danach folgte ihr ein gleichaltriger Kollege aus der SP.

2020: Was eine Gewissheit auf ewig schien, geriet 2020 ins Wanken: Die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat wurde zur Minderheit, nachdem das forum (zwei) und die Grünen zusammen mit der SP nun vier Sitzen belegen. Das forum gewann auch im Grossen Gemeinderat einen weiteren Sitz, die erst eine Legislatur lang mitwirkenden Grünen sogar zwei. Damit erreichten Letztere erstmals Fraktionsstärke. Die Veränderungen führten in der Legislative zu einer Patt-Situation, wenn man die politischen Blöcke ins Auge fasst: Zwanzig Bürgerlichen sitzen jetzt zwanzig „Linke“ gegenüber, wenn man das forum zu den Linken zählen und alle zusammen als „Mitte-links“ bezeichnen will. (Das forum legt aber natürlich Wert darauf, als unabhängige Kraft wahrgenommen zu werden.) Die Wahlbeteiligung war bei den Wahlen 2020 entgegen der spannenden Ausgangslage tief: 41.1 %

Stärken der Fraktionen im Grossen Gemeinderat

Legislaturen	1973- 1976	1977- 1980	1981- 1984	1985- 1988	1989- 1992	1993- 1996	1997- 2000	2001- 2004	2005- 2008	2009- 2012	2013- 2016	2017- 2020	2021- 2024
SVP	10	9	8	8	8	7	7	8	8	7	7	7	6
EVP	3	3	3	4	3	3	2	2	2	2	1	1	1
FDP	13	14	14	14	13	14	14	14	13	14	16	15	14
CVP	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			
SP	8	9	9	7	7	7	8	7	7	8	8	7	6
Forum	5	4	5	6	6	6	5	6	7	7	7	7	8
JF					2	2	2	2	2	2	1		
EDU							1						
Grüne												3	5

Auffallend am Muriger Grossen Gemeinderat ist die lange Konstanz der Kräfteverhältnisse zwischen den politischen Blöcken. 48 Jahre lang war die „Macht“ klar verteilt. Bemerkenswert ist das im Falle der FDP, erst recht, wenn man auf die Entwicklung der Partei auf kantonaler und nationaler Ebene schaut. Sie hat ihre Dominanz erhalten können, während die andere ihr nahestehende Partei über die ganze Zeit immer wieder einen Sitz verloren hat und heute noch 60% ihrer ursprünglichen Stärke besitzt. Die im Kanton Bern über fünfzig Jahre vor der Einrichtung des Gemeindeparlaments in Muri gegründete und zur „Staatspartei“ gewordene Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) hiess hier immer nur Bürgerpartei, wohl auch, weil Muri b. Bern schon immer weniger bäuerlich und gewerblich geprägt war als andere bernische Gemeinden. Sie passte wohl mit der Zeit etwas weniger gut zu den politischen Erwartungen der Bevölkerung als die Liberalen.

Bemerkenswert bis in die jüngste Geschichte ist der politische Erfolg der Sozialdemokratie, notabene in einem gesellschaftlichen Milieu, wo man nicht erwartet, dass sie ihre Klientel einfach so findet. Hingegen passt das forum mit seinem Anspruch, ungebundene Wähler(innen) anzusprechen, gut in eine Gemeinde mit einer überdurchschnittlich gut gebildeten und materiell besser gestellten Bevölkerung.

Den gesellschaftlichen Trends der Zeit ausgesetzt waren und sind auch heute die konfessionell orientierten Parteien. Sie haben in einer Vorortsgemeinde der Bundesstadt einen schweren Stand, wenn für sie nicht besonders günstige Umstände herrschen. Dafür fiel es in der jüngsten Zeit den Grünen verhältnismässig leicht, sich im Ortsparlament eine Stimme zu verschaffen. Sie haben das geschafft, was eben noch unmöglich schien: im GGR in Muri b. Bern die Stärkeverhältnisse unter den Parteien zu verändern.

*

Eine unter 23

Schweizer Gemeinden mit einem Gemeindeparlament sind politisch sogenannten «ausserordentlich organisiert», während sogenannten «ordentlich organisierte» Gemeinden die Gemeindeversammlung kennen. Das sagt die Online-Enzyklopädie wikipedia und nimmt ausdrücklich auf die Schweiz Bezug. „Ausserordentlich organisiert“ sind 464 oder ca. ein Fünftel aller Schweizer Gemeinden. Die meisten dieser Gemeinden liegen in der lateinischen Schweiz. (In den Kantonen Genf und Neuenburg sind alle Gemeinden politisch so organisiert.) Im Kanton Bern findet man Gemeindeparlamente in 23 vornehmlich grösseren Gemeinden. Damit ist Bern in der deutschsprachigen Schweiz der Kanton mit den meisten Gemeindeparlamenten. Sie verteilen sich auf den Grossraum Bern (zwischen Worb und Münchenbuchsee), auf den Raum Biel/Berner Jura (z.B. Biel, Nidau, St-Imier, Valbirse) und auf einige ausgewählte Gemeinden im übrigen Kantonsgebiet (z. B. Langnau, Langenthal, Interlaken). Muri als zehntgrösste Gemeinde des Kantons gehört zu ersteren und erhielt seinen Grossen Gemeinderat im Zuge der allgemeinen demographischen Entwicklung in den Agglomerationsgemeinden der Bundesstadt. Zollikofen beschloss einen Grossen Gemeinderat im Jahr 1972, Lyss im Jahr 1974. Eine frühere Periode, in der die Mitbürger (hier ausdrücklich nur die Männer) stärkere politische Mitwirkung verlangten, war die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Beispiele für die Schaffung eines Gemeindeparlaments in dieser Zeit sind Langenthal 1919 und Köniz 1920.